

INTERVIEW DES TAGES

Jürgen Grässlin

Jürgen Grässlin ist Pädagoge, Rüstungsgegner, Friedensaktivist und Buchautor. Am Dienstagabend spricht er in Offenburg.

»Schlimmer geht's nimmer!«

Harte Worte: Kriegswaffen-Gegner Jürgen Grässlin kritisiert die Bundesregierung wegen der deutschen Rüstungsexporte

Jürgen Grässlin, unter anderem Mitgründer der Bewegung »Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!«, kommt am Dienstag um 19.30 Uhr zur Evangelischen Stadtkirchengemeinde Offenburg (Poststraße 16). Vorab sprach der 59-Jährige mit der MITTELBADISCHEN PRESSE über deutsche Kriegswaffenexporte.

VON CHRISTOPH A. FISCHER

■ Herr Grässlin, im ersten Satz der Erläuterungen des Bundeswirtschaftsministeriums zu Rüstungsexporten heißt es: »Die Bundesregierung betreibt eine zurückhaltende, verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik.« Stimmt das?

JÜRGEN GRÄSSLIN: Das ist schlichtweg gelogen. Mit Genehmigung des Bundessicherheitsrats – unter Führung von Frau Merkel, Herrn Gabriel und unter anderem mit der Stimme des Offenburger Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schäuble – beliefern deutsche Rüstungsfirmen Krieg führende und Menschenrechte verletzende Staaten, auch astreine Diktaturen. Die Rüstungsexporte wurden in den letzten Jahren massiv gesteigert. Mehr als die Hälfte der Waffenexporte gehen an sogenannte Drittstaaten. Was de jure nicht erlaubt ist, weil deutsche Firmen laut Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz Nato-Staaten und Nato-assoziierte Staaten beliefern dürfen, Drittländer – auch sonstige Staaten genannt – aber nur im begründeten Ausnahmefall. 2014 und 2015 gingen aber 55 Prozent der deutschen Waffenausfuhren in Drittstaaten, gemessen am Wert. Diese Rüstungsexportpraxis stellt keine Ausnahme dar, sondern den Regelfall. Hier liegt also ein permanenter Rechtsbruch vor – den wohl gemerkt auch Wolfgang Schäuble als Mitglied des Bundessicherheitsrats mit verantwortet.

■ Auf der Webseite des Ministeriums steht auch, »Genehmigungen (zur Ausfuhr von Kriegswaffen) können unter anderem nur dann erteilt werden, wenn keine Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung verwendet werden.«

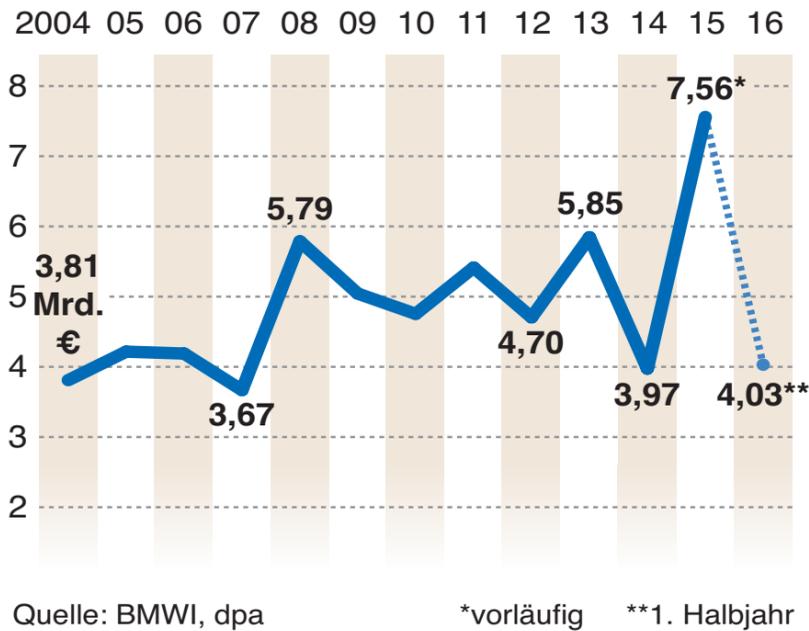
GRÄSSLIN: Das werden sie aber in bestimmten Regionen permanent. Im Nahen und Mittleren Osten und im Maghreb – die zu den Hauptempfangsregionen zählen – werden deutsche Waffen massiv eingesetzt, nachweislich auch zu friedensstörenden Handlungen. Die Bundesregierungen liefern und liefern Kriegswaffen traditionell an Staaten wie Ägypten, Libyen, Saudi-Arabien, Katar, Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei. Verschärfend kommt bei der amtierenden Regierung hinzu, dass sie die letzte Hürde genommen hat: Zum allerersten Mal hat eine Bundesregierung den Bruch eines UN-Waffenembargos genehmigt.

■ Wann und wo?

GRÄSSLIN: Mit den Kriegswaffenlieferungen an die Peschmerga im Irak. Seit 1990 besteht ein Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen den

Deutschland als Waffenexporteur

Gesamtvolumen der erlaubten Waffenexporte (Einzelausfuhrgenehmigungen) in Milliarden Euro



Die 10 wichtigsten Bestimmungsländer im 1. Halbjahr 2016 in Mio. Euro und (Vorjahresplatz):

Algerien (4)	1 040 Mio. Euro
USA (5)	914
Saudi-Arabien (3)	484
Südkorea (10)	205
Schweiz (22)	118
Niederlande (15)	102
VA Emirate (13)	85
Türkei (25)	76
Frankreich (9)	71
Großbritannien (1)	69



dpa•24857

Irak. Seit rund zwei Jahren hat die Bundesregierung Waffenlieferungen an die irakische Zentralregierung genehmigt, die in Absprache weitergeliefert werden an die Peschmerga. Damit werden die deutschen Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert und kommen direkt zum Kriegseinsatz.

■ Ist sich die Bundesregierung des Bruchs des Embargos etwa nicht bewusst?

GRÄSSLIN: Sie ist sich dessen sehr wohl bewusst, aber auch der Tatsache, dass wir in Deutschland leider keine Strafanzeige gegen die Bundesregierung stellen können. Ich habe das juristisch prüfen lassen. Im Moment laufen acht Strafanzeigen meinerseits – unter anderem gegen die Firmen Heckler & Koch, Sig Sauer und Carl Walther – wegen des Verdachts illegaler Waffenexporte. Ich hätte gerne eine neunte Strafanzeige gestellt gegen die Bundesregierung. Es gibt aber laut Aussage meines Rechtsanwalts keinen Gesetzesparagrafen, nach dem man diese Strafanzeige stellen kann. Die Verletzung des UN-Waffenembargos bricht meiner Meinung nach



Jürgen Grässlin stellt morgen in Offenburg seine Bücher »Schwarzbuch Waffenhandel« und »Netzwerk des Todes« vor. Der Eintritt ist frei.

Foto: Fotostudio Seeh-Stern

das Völkerrecht und somit das Grundgesetz. Aber die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben nicht in Erwägung gezogen, dass eine Bundesregierung jemals das Grundgesetz brechen könnte. Hinzu kommt, dass für die Peschmerga gedachte Waffen in den illegalen Waffenmarkt gelangen. Hier bedient sich die Terrororganisation Islamischer Staat, die vielfach mit deutschen Waffen mordet.

■ Daher Ihre These, dass die Waffenexporte die Flüchtlingsproblematik vergrößern.

GRÄSSLIN: Nun, schon traditionell wird ja in den Mittleren und Nahen Osten und die fünf nordafrikanischen Staaten geliefert. Von dort kommen Abertausende von Flüchtlingen nach Europa. In diesen – in der Regel menschenrechtsverletzenden – Staaten setzen die Regierungen und die Militärs die Waffen erst mal zur Abschreckung ein, zum Beispiel Panzer in türkischen Kurdistan. Die Gewehre von Heckler & Koch werden hingegen zum Beschuss eingesetzt – damit werden Menschen bedroht, beschossen, getötet. Ich reise seit mehr als 25 Jahren in Krisen- und Kriegsgebiete und führe Interviews mit den Opfern deutscher Waffenexporte. Wenn Sie Menschen im Südosten der Türkei Fotos von russischen, US-amerikanischen und deutschen Gewehren zeigen und fragen, mit welchem der Freund oder Verwandte getötet wurde, geht der Finger fast immer auf das G3-Gewehr von Heckler & Koch. Notgedrungen sind etwa eine Million Kurden nach Europa geflohen. Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten. Die Türkei ist dessen ungeachtet ein klassisches Empfängerland deutscher Kriegswaffen. Mit derlei Rüstungsexporten schafft die Bundesregierung einen dramatischen Fluchtgrund.

■ Und jetzt kommt das Problem mit dem IS und unseren Waffen hinzu?

GRÄSSLIN: Genau. Nun kommt hinzu, dass die jetzige Bundesregierung auch noch die allerletzte Hürde genom-

men hat und unter Bruch von Völkerrecht und Grundgesetz Waffen in das Kriegsgebiet Irak liefert. Zu Recht hat Olaf Simonsen, bis 2009 Vizepräsident des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, vor den Irak-Exporten gewarnt. Der Rechtsexperte mahnte nachdrücklich: »Die Bundesregierung will die Kurden im Irak militärisch unterstützen. Damit verstieße sie gegen das Völkerrecht.« Jetzt verstößt die Bundesregierung gegen internationales wie nationales Recht.



Beihilfe zum Massenmord.



■ Gab es nicht einmal unter Rot-Grün von 1998 bis 2005 deutlich weniger Waffenexporte?

GRÄSSLIN: In der ersten Legislaturperiode. Nach dem 11. September 2001 wurde aber der Krieg gegen den Terror ausgerufen und die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den USA. In der Folge wurden nicht nur Bundeswehreinheiten in aller Welt beschossen, sondern auch die Waffenexporte von 2002 bis 2005 verfünffacht. Die höchsten Steigerungsraten in der Nachkriegszeit erfolgten unter Rot-Grün.

■ Von den Grünen sind Sie besonders enttäuscht, oder? Sie waren früher Parteimitglied.

GRÄSSLIN: Ich war sogar Mitglied im baden-württembergischen Landesvorstand. Von den Grünen in Regierungsverantwortung – Letzteres muss ich hier betonen – bin ich massiv enttäuscht. Jetzt in der Opposition treten sie sehr

deutlich gegen Waffenexporte auf. Ich hoffe, sie haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt

■ Hat auch Sigmar Gabriel sein Wahlversprechen gebrochen?

GRÄSSLIN: Dramatisch sogar. Wenn er bis 2017 so weitermacht, wird er als der Wirtschaftsminister in die Annalen eingehen, der in vier Jahren die höchsten Steigerungsraten bei den Exportgenehmigungen verantwortet. Vor der Wahl 2013 und auch noch Ende 2013 hatte er unmissverständlich versprochen, unter seiner Ägide werde es eine sehr restriktive Rüstungsexportpolitik geben und keine Waffenexporte an menschenrechtsverletzende Staaten. Erst vor wenigen Tagen wurde jedoch bekanntgegeben, dass die Exporte von Munition für Kleinwaffen innerhalb eines Jahres verzehnfacht wurden. Das sind die Kugeln, die in Zukunft in die Köpfe von Oppositionellen der Demokratiebewegungen geschossen werden.

■ Eine Steigerungsrate wie die angesprochene Verzehnfachung ist an sich wenig aussagekräftig. Es könnte ja auch ein extrem niedriges Ausgangsniveau zugrunde liegen.

GRÄSSLIN: Gabriel steigert aber von einem Niveau, das schon sehr hoch war, nochmals. Und er genehmigte topaktuell Munitionsexporte an Länder wie Algerien, den Irak, Kuwait, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate. Ich hätte nicht gedacht, dass gerade dieser Sozialdemokrat seine Wahlversprechen so massiv und folgenreich brechen kann. Immerhin ist der Waffenexport der tödlichste Bereich der deutschen Wirtschaft- und Außenpolitik. Schlimmer geht's nimmer!

■ Sollte man deutsche Waffenlieferungen auf EU-, Nato- und gleichgestellte Staaten (Schweiz, Japan, Australien, Neuseeland) beschränken?

GRÄSSLIN: Jeder Schritt, der zu einer Reduzierung von Waffenexporten führt, ist ein positiver Schritt. Das Kriterium

»Nato-Staat« würde ich aber nicht als oberste Prämisse anführen, denn auch Nato-Staaten sind in Kriege involviert. Ein großer Schritt nach vorne wäre, wenn man nicht an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten liefern würde.

■ Lassen Sie einige Lichtblicke in der Rüstungsexportpolitik gelten?

GRÄSSLIN: Ja, es gibt einen realen Lichtblick, nämlich die Reduzierung der Kriegswaffenexporte im Bereich der sogenannten Kleinwaffen, also Pistolen, Maschinenpistolen, Scharfschützengewehre und Sturmgewehre, unter Sigmar Gabriel. Von 20 Kriegstoten sterben 19 durch Kleinwaffen. Hier greifen unsere bundesweiten Aktionen seitens der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Jedoch verschweigt Herr Gabriel bei seiner vermeintlichen Erfolgsbilanz, dass er weiterhin Kleinwaffen an menschenrechtsverletzende Staaten liefern lässt. Hierdurch leistet die Bundesregierung unter Führung von Frau Merkel, Herrn Gabriel und Herrn Schäuble Beihilfe zu Mord – im Falle der Kleinwaffen Beihilfe zu Massenmord. Der Bundessicherheitsrat – dem sie alle drei angehören – ist das Schlüsselgremium dieser Waffentransfers in Krisen- und Kriegsgebiete.

IHRE MEINUNG

Schreiben Sie uns!

Ist Grässlins Kritik übertrieben oder gerechtfertigt? Mailen oder faxen Sie uns Ihre Meinung! Unser Redakteur Christoph A. Fischer freut sich über Ihre Post! Leser-Kommentare werden ggf. veröffentlicht (Kürzungen vorbehalten).



@ christoph.fischer@reiff.de Fax: 0781-504-3719